

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Christl. Bund). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 45 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, Mittwoch, 29. April 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

18. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen (Stuhl-) Textilarbeiter. — Ein christlicher Gewerkeführer in Rötten. — Aus der russischen Heimindustrie. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

13. ordentlicher Delegiertentag des Gewerkevereins der Deutschen (Stuhl-) Textilarbeiter.

(Schluß.)

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Beratung des vom Hauptvorstande ausgearbeiteten neuen Statutenentwurfs ein. Die Grundzüge und Forderungen des Gewerkevereins wurden unter Hervorhebung des nationalen Charakters des Vereins eingehend beleuchtet und festgelegt. Dabei sprach man sich u. a. für die Abschaffung der Sonn- und Festtagsarbeit, der Ueberstunden und des Prämienystems aus und verlangte, die Arbeitszeit so zu gestalten, daß dabei die Interessen der Arbeiter gewahrt bleiben. Weiter wird die Einführung von kollektiven Arbeitsverträgen (Tarifverträge) unter Festlegung der Lohnsätze, der täglichen Arbeitszeit, der Arbeitsordnung, der Kündigungsverhältnisse und möglichst auch die Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn angestrebt; ferner ein wirksamer Schutz für Leben und Gesundheit, vor allem auch der Sittlichkeit für die jugendlichen und weiblichen Arbeiter, die Einführung der achtfünftägigen Arbeitszeit für verheiratete Frauen und auch die Heranbildung von Arbeitern und Arbeiterinnen zu Assistenten für die Fabrikinspektion.

Der Bezirksbeamte Müller beachtete sodann über das Verhalten der christlichen Gewerkevereine in Sachen bezüglich der Einführung des Doppelstufensystems und über die Begleitermeinungen dieses Systems. Es bedeute eine wesentliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tuchweber, insbesondere aber leide die Gesundheit durch übermäßige geistige und körperliche Anstrengung. Nach lebhafter Besprechung nahm der Delegiertentag folgende Resolution einstimmig an:

Die 18. ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Textilarbeiter (S. D.) fordert den Hauptvorstand auf, dem unchristlichen Verhalten der christlichen in Sachen in Sachen des Doppelstufensystems mit aller Energie entgegenzuwirken. Der Hauptvorstand wird ferner beauftragt, die Frage des Mehrstufensystems, des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit in einer besonderen Schrift zu behandeln.

Zu weiteren Verlauf der Verhandlungen des Delegiertentages wurden die Beitrags- und Unterstützungsätze innerhalb des Gewerkevereins neu geregelt und dabei für Fälle der Arbeitslosigkeit und Aussperrung, insbesondere aber der Maßregelung wesentlich höhere Unterstützungsätze beschlossen.

Als Vorort des Gewerkevereins wurde Spremberg wiedergewählt. Auf Rotbus einigten im ersten Wahlgange 11, im zweiten Wahlgange 10 Stimmen. In den Hauptvorstand wurden gewählt: Karl Ulrich als Vorsitzender und Redakteur des künftig wöchentlich unter dem Titel „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“ erscheinenden bisherigen „Korrespondenzblatt“, W. Neugebauer als stellvertretender Vorsitzender, der bisherige Bezirksbeamte für das Rheinland, Müller, als Generalsekretär, Max Bierhub als Schatzmeister. Beisitzer wurden Gustav Karasch, August Dorchert und Otto Schröder, der bisherige Schatzmeister, der Alters halber freiwillig, unter Bewährung einer Pension, von seinem langjährigen Amte zurückgetreten ist und dem für seine langjährige Amtsführung der herzlichste Dank des Gewerkevereins ausgesprochen wurde. Zu Generalrevisoren wählte man Wilhelm Bubitz, Emil Fluchsch und Bernhard Frost. Die Wahl der Erlagsmänner wurde dem Hauptvorstande überlassen. In auswärtigen General-

ratsmitgliedern wurden gewählt: Reef-Chemnitz, Köhler-Rottbus, Reime-Apolda, Lenzen-Duisburg, Girndt-Berge-Forsit, Brint-Finsteralde, Frau Schulz-Sagan II, Ernst-Vechhausen; zu Erlagsmännern: Kleiber-Sagan, Reichelt-Chemnitz, Schilling-Apolda, Schamel-Buchholz, Straßmann-Rumel, Leeste-Rottbus, Johann Ernstsen-Münberg, Hilbrandt-Berlin.

Die Vertretung des Gewerkevereins im Zentralrat wurde wiederum dem Schatzmeister Bierhub übertragen. Sein Stellvertreter ist Linke-Berlin. Zu Verbandsstabsabgeordneten wurden Bierhub, Adolf Frost-Forsit und Linke-Berlin; zu ihren Erlagsmännern der neue Generalsekretär Müller, Reef-Chemnitz und Hilbrandt-Berlin gewählt. Die Wahl der Agitationsleiter für die einzelnen Bezirke wurde dem Hauptvorstande überlassen. Der Posten des Agitationsbeamten für das Rheinland soll sofort zur Neubesetzung ausgeschrieben werden. Als Tagungsort für den nächsten Delegiertentag, der im Jahre 1911 stattfindet, wählte man Krefeld.

Damit war man am Schluß der Verhandlungen gelangt. Der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt ergiff noch einmal das Wort, um dem Gewerkeverein unter seiner neuen Leitung eine fortschreitende Entwicklung nach innen und außen auch zum Nutzen der Gesamtorganisation zu wünschen. Freitag mittag um 12 Uhr wurde dann der trotz mancherlei erregter Verhandlungen bestens verlaufene Delegiertentag mit einem dreifachen Hoch auf den Gewerkeverein der Deutschen Textilarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkevereine geschlossen.

Die 4. ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkevereins nahm ebenfalls einen ruhigen und glatten Verlauf. Nachdem die Delegierten den Verwaltungs- und Geschäftsbericht entgegengenommen hatten, wurden einige Statutenänderungen beschlossen und die Wahlen des Vorortes und des Vorstandes in gleicher Weise wie im Gewerkeverein erledigt. P. S.

Ein christlicher Gewerkeführer in Rötten.

Die eigenartige Haltung des Aba Franz Behrens beim Reichsvereinsgesetz hat in den Kreisen der christlich organisierten Arbeiter lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Namentlich die katholischen Mitglieder lassen es an Mißtrauensäußerungen nicht fehlen, und die Zentrumspresse tut ihr übriges, um diese Stimmung gegen Behrens noch zu verschärfen. Auf der anderen Seite bieten die evangelischen Mitglieder alles auf, Behrens zu halten. Namentlich sind die evangelischen Gewerkeführer mit mehr Eifer als Geschick dabei, den verfahrenen Karren des Herrn Behrens aus dem Dreck zu ziehen. Einen Beweis dafür liefert folgende Erklärung, die uns ein glücklicher Wind auf den Redaktionsstisch geweht hat und die dem Vorstande des Gesamtverbandes christlicher Gewerkevereine und dem Vorstande des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter von diesen evangelischen Gewerkeführern durch Herrn Hartwig-Berlin, Redakteur des „Reich“, zur Kenntnisnahme übermittelt worden ist:

Der zweite Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkevereine Deutschlands, Kollege Franz Behrens, wird in Nr. 16 des „Bergknappen“ mit folgenden Worten angegriffen:

„Jeder Gewerkeführer hat aber die Pflicht, für die Forderungen einzutreten, welche die Lebensfähigkeit und das Arbeiten der Gewerkevereine erst ermöglichen. Wer das nicht will und tut, der gehört nicht zu uns“. Es wird des weiteren Herr Behrens angefordert, aus seiner Zustimmung die „Konsequenzen“ zu ziehen; es wird gesagt, er habe sich „in Widerspruch mit der als Gewerkeführer und Generalsekretär unseres Gewerkevereins obliegenden Pflicht gesetzt“ und endlich bemerkt: „Die Angehörigen in unserer Bewegung haben die Pflicht, bei ihrer ganzen Tätigkeit außerhalb der

Gewerkevereine auf diese Bewegung Rücksicht zu nehmen. Unsere Mitglieder können nicht dulden, daß Beamte, die von ihnen angestellt sind, damit sie in der Bewegung für ihre Interessen eintreten, außerhalb der Gewerkevereine auf politischem Gebiete mit an dem Strick ziehen, an dem man unsere Bewegung aufhängen kann“.

Man kann den Grundgedanken, die hier aufgestellt worden sind, zustimmen, aber es muß bestritten werden, daß sie auf Herrn Behrens Anwendung finden können, der, wie er in derselben Nummer erklärt, sich von den Interessen der christlichen Arbeiterbewegung hat lassen lassen. Die entscheidende Frage im vorliegenden Falle ist, ob man zu vertrauen zu der Erklärung des Staatssekretärs Dr. von Bethmann-Hollweg hat oder nicht und ob mehr erreicht werden konnte als erreicht worden ist. Das aber ist keine Grundfrage der gewerkevereintlichen Arbeit, sondern es sind Fragen des Gewissens und der politischen Taktik. Auch unter uns sind verschiedene Meinungen über die Richtigkeit der Haltung von Kollegen Behrens. Aber jeder der Unterzeichneten ist der Ueberzeugung, daß Kollege Behrens nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat und bestrebt war, das Interesse unserer Gewerkevereine nicht zu schädigen, sondern zu fördern. Darum erheben wir Einspruch gegen diesen Artikel. Gerade eine Zeit, wo viele unserer katholischen Kollegen in entscheidender parteipolitische Opposition gegen die Regierung des kaiserlichen Bismarck stehen, während viele der ewigen Mitglieder diese oppositionelle Stellung nicht teilen, legt große Zurückhaltung im Interesse der Gesamtbewegung auf. Die parteipolitische Freiheit unserer Mitglieder, vor allem aber die verfassungsmäßige Freiheit eines Reichstagsabgeordneten darf nicht angegriffen werden, indem man ihn zur Amtsniederlegung auffordert.

Wir verwehren unserer Gewerkevereintliche keineswegs eine Kritik des Reichsvereinsgesetzes, aber wir wenden uns gegen die persönlich zuspitzende Kampfesweise des „Bergknappen“. Wir sehen in dem Artikel, der den Kollegen Behrens unverblümt zum Austritt aus dem Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter auffordert, eine schwere Schädigung des unumfassenden Charakters der christlichen Gewerkevereine und erwarten von Kollegen Behrens, daß er keinesfalls der Aufforderung des Artikels, solange die entscheidenden Instanzen nicht gesprochen haben, Folge leistet. Auf die Einzelheiten des § 7 (12) und der wahlrechtlichen Vorschriften von Behrens kommt es uns nicht an. Wir betonen lediglich die Notwendigkeit, daß die parteipolitische Neutralität innerhalb der nationalen Grenze bewahrt bleibe. In diesem Sinne erklären wir uns mit Kamerad Behrens solidarisch.

Von dieser Erklärung soll dem Vorstande des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter und dem Vorstande des Gesamtverbandes christlicher Gewerkevereine Mitteilung gemacht werden. An die Definitivität werden wir uns zunächst nicht wenden, obwohl der „Bergknappe“ sofort sich an die Definitivität gewandt hat, bevollmächtigen aber die drei Unterschrifteten, diese Erklärung nötigenfalls der Definitivität zu übergeben. Wir schließen mit der Hoffnung, daß die christlichen Gewerkevereine aus der durch den „Bergknappen“ geschaffenen Krise ungeschädigt hervorgehen werden.

Diese Erklärung beweist am besten, wie heikel die Situation zurzeit für Herrn Behrens ist. Das zeigt aber auch der Verlauf der Ausschüßungen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkevereine und des Gewerkevereins der christlichen Bergarbeiter, die dieser Lage stattgefunden haben und in denen Stellung zum Reichsvereinsgesetz und zu der Haltung des Abgeordneten Behrens genommen wurde. In beiden Sitzungen wurden Resolutionen angenommen, worin seine Abstimmung über den § 7 als taktische Maßnahme zur Erlangung der bekannten Erklärung des Staatssekretärs betreffend die Anwendung des Sprachenparagrafen auf die Gewerkevereintliche Bewegung anerkannt, aber auch bestimmt erklärt wird, daß das Vereinsgesetz enthalte Ausnahmebestimmungen gegen Volksminderheiten, welche auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkevereintlichen Führers finden dürften. Der Ausschluß des Gesamtverbandes mißbilligt daher die taktische Haltung des Abgeordneten Behrens auf das entschiedenste, würdigt indessen in vollem Umfange seine schwierige Situation, sieht aber in dem Vorkommnisse keinen Grund, Behrens das Vertrauen zu entziehen. Die Versuche, die katholischen und evangelischen Mitglieder der Gewerkevereine gegen

einander zu verfehen, wurden zurückgewiesen und schließlich an den Vorstand des Gesamtverbandes das Ersuchen gerichtet, die Abgeordneten, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, zu veranlassen, in den Parlamenten in engere Föhlung miteinander zu treten und sich über die Stellung zu allen wichtigen Fragen der Politik zu verständigen.

Man sieht daraus, daß die obige Erklärung der evangelischen Gewerkschaftsföhrer ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Ebenso aber würde man sich täuschen, wenn man die Angelegenheit hiermit für erledigt hielte. Die Zentrumspreße wird schon dafür sorgen, daß Herr Behrens es nicht so schnell vergißt, wie arg er sich in die Kesseln gesetzt hat. Der Herr hat überhaupt Pech. Gegenwärtig macht nämlich durch die Presse eine Notiz die Runde, wonach der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens Mitglied des Vorstandes des Deutschen Erzgrubenverbandes, d. h. einer Unternehmerverbindung, sein soll. Daraus sucht man sich das in der Tat eigentümliche Doppelspiel dieses Arbeiterführers zu erklären, der die Wahl von Grubenbesitzern zum Reichstage vor kurzem empfohlen hat. Wir können einstweilen an diese Mitteilung noch nicht glauben und sind der Meinung, daß vielleicht irgend eine Namensverwechslung vorliegt, sonst wäre die Sache auch zu ungeheuerlich. Nun, die nächste Zeit wird ja darüber Aufklärung bringen. Wie diese auch ausfällt, beneidenswert ist die Situation, in der sich Herr Behrens zurzeit befindet, jedenfalls nicht. Das kommt davon, wenn man nicht den Mut hat, seine Ueberzeugung mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Aus der russischen Heimindustrie.

Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands ist hinter derjenigen der großen europäischen Kulturstaaten erheblich zurückgeblieben. Die Großindustrie hat erst viel später ihren Einzug gehalten; der moderne Fabrikbetrieb mit seinen mannigfaltigen Formen hat erst in wenigen Gegenden des gewaltigen Reiches festen Fuß gefaßt. Wohl gibt es auch in Rußland große Industriestädte, ja ganze Industriezentren. Im Vergleich zu der Größe des Landes und der Zahl seiner Bewohner jedoch treten sie stark in den Hintergrund. In der Hauptsache sind es die Gouvernements Moskau, Petersburg, Perm, Wladimir, Petrikau (Voh), Warschau und Kiew, die eine nennenswerte, zum Teil sogar ganz bedeutende Industrie aufzuweisen haben. Gerade in den letzten Jahren sind dauernd energische Versuche unternommen worden, die Industrie zu größerer Blüte zu bringen. Der Minister Witte namentlich hat es daran niemals fehlen lassen, und man muß ihm zugeben, daß seine Bemühungen keineswegs vergeblich gewesen sind. Trotz allem aber beläuft sich auch jetzt noch die Zahl der eigentlichen Fabrikarbeiter, einschließlich der in Bergwerken beschäftigten, nur auf etwa 3 Millionen, eine winzige Zahl bei einer Gesamtbevölkerung von 140 Millionen. Dagegen beschäftigt die russische Hausindustrie ungefähr 20 Millionen Menschen.

Zwei Formen der Hausindustrie lassen sich in Rußland erkennen. Die eine Form hat den Ackerbau ganz verdrängt; der Arbeiter ist lediglich mit der Herstellung industrieller Erzeugnisse beschäftigt. Die Leute verarbeiten das Rohmaterial, das ihnen von einer Zentralstelle, dem sogenannten Fabrikbureau, gegeben wird und liefern am Schluß der Woche das fertige Material ab. Auf diese Weise werden namentlich Stahlwaren, Leinwand und Heiligenbilder hergestellt.

Die zweite Form der Hausindustrie, die man namentlich in den nördlichen Teilen Rußlands antrifft, wird in der Weise ausgeübt, daß neben der landwirtschaftlichen Beschäftigung auch hausindustrielle Arbeiten angefertigt werden. Die betreffenden Arbeiter widmen sich in erster Linie der Bestellung und Verarbeitung ihrer Felder, und erst wenn hier alles in Ordnung ist, gibt man sich der häuslichen Arbeit hin. Da aber nur eine bestimmte Zeit des Jahres durch die landwirtschaftliche Beschäftigung in Anspruch genommen wird, so kann sich die Familie immerhin 4-5 Monate der Hausindustrie zuwenden.

Aber obgleich dieselbe gewissermaßen nur als Nebenbeschäftigung angesehen werden muß, ist es geradezu erstaunlich, mit welcher Geschicklichkeit und in welcher Vollkommenheit die Arbeiter angefertigt werden. Mit den einfachsten Mitteln, ohne eine Schule besucht zu haben, des Lesens und Schreibens meist unkundig, fertigen die jungen Dorfmadchen Stöppelarbeiten und Strickereien, die im Auslande wegen der sauberen und geschmackvollen Ausführung, der Originalität ihrer Muster, vor allem aber wegen des ungemein niedrigen Preises sehr beliebt sind. Namentlich aus denjenigen Gebieten Rußlands, wo die Not und der Hunger am meisten zu Hause sind, werden alljährlich für viele Tausende von Markt Handarbeiten russischer Frauen und Mädchen in das Auslande verschickt und finden in Deutschland, Frankreich und besonders Nordamerika reichenden Absatz. Es ist dies natürlich nur eine Art der russischen Hausindustrie. Wer einen Begriff bekommen will von ihrer Vielseitigkeit und der Geschicklichkeit der

Landbevölkerung, der muß die Ausstellungen besucht haben, die von Zeit zu Zeit in den größeren Städten veranstaltet werden. Welche bunte Fülle von Erzeugnissen bietet ein Museum für ländliche Hausindustrie! Da findet man eine reiche Kollektion der beliebten und über ganz Rußland verbreiteten Strickerei- und Eisenkunstgüterarbeiten vom Ural; die Gouvernements an der Wolga und Oka stellen Schmiede- und Stahlarbeiten aus; Nischni-Nomgorod und Kasan liefern Kunstvoll mit farbigen und goldenen Stickereien ausgeführte Lederarbeiten, wie sie bei den Tartaren dieser Gebiete so beliebt sind. Die Umgegend von Moskau ist reich vertreten durch Spielzeug aller Art; das Gouvernment Wolgoda strahlt an erster Stelle mit seinen Tischler- und Stellmacherarbeiten. Dazwischen erblickt man allerlei kleine, zierliche Artikel, denen man es gar nicht zutrauen möchte, daß sie aus rohen Bauernhänden hervorgegangen. Eine kunstvoll arrangierte Gruppe kleinrussischer Töpferei und Kurster Weberei erregt die besondere Aufmerksamkeit der Besucher. Zierliche Korb- und Flechtarbeiten, Seemanns- und Holzschmiedereien vervollständigen das reichhaltige und kulturelle so lehrreiche Bild.

Wie bereits angedeutet wurde, ist gerade in den ärmsten Teilen des Landes diese Form der Hausindustrie am weitesten verbreitet. Man kann es daher verstehen, daß die Regierung an ihrer Entwicklung ein reges Interesse hat. Allein wie die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nun einmal in Rußland liegen, kommt man über theoretische Vorschläge nicht hinaus; außerdem aber fehlt es an den nötigen Geldmitteln, um dieser Betriebsform die gesunde Grundlage zur weiteren und rationelleren Entwicklung zu geben. Dafür sind die größeren Gemeinden und Distriktsausschüsse eifrig daran, den hausindustriellen Erzeugnissen im Auslande neue Absatzgebiete zu erschließen. Man hat sogar in Leipzig eine Zentralstelle eigens zu dem Zwecke ins Leben gerufen, die den Ein- und Verkauf regelt und vermittelt.

Auch mit Geld und Kredit sucht man hier und da nachzuhelfen und ist bemüht, den Bildungsgrad und die gewerbliche Weiterbildung der Heimarbeiter zu fördern. Wo es die Mittel gestatten, werden auch Schulen errichtet und industrielle Museen gegründet. Anerkennung verdienen auch die von opferwilligen Privatpersonen herausgegebenen Broschüren, welche in populärer Form technische Kenntnisse zu verbreiten suchen; aber diesem löblichen Bestreben steht wieder die fast unüberwindliche Abneigung der russischen Landbevölkerung gegen Neuerungen hemmend im Wege. Auch sonst konnten diese Bestrebungen aber den erwünschten Erfolg nicht zeitigen, da die Vorteile aller neuen Einrichtungen meist nicht den hausindustriellen selbst zu gute kommen, sondern in erster Linie den Händlern, die den Vertrieb in Händen haben.

Daß unter diesen Umständen auch die sozialen Zustände überaus traurig sind, liegt auf der Hand. Die bei uns vorhandenen Mißstände sind in Rußland noch in verstärktem Maße vorhanden, und von einer gezielten Regelung ist keine Rede. Also auch auf diesem Gebiete hat das gewaltige Reich noch viel Arbeit zu leisten, wenn es Anspruch darauf erheben will, dermaßen in die Reihe der wirklichen Kulturstaaten aufgenommen zu werden.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, d. 28. April 1908

Die Unterredung unseres Vertreters vor dem Reichs-Versicherungsamte mit dem Präsidenten Herrn Dr. Kaufmann hat in der gesamten deutschen Presse lebhaftes Interesse erweckt. Während aber fast alle Blätter sich anerkennend über das Ergebnis dieser Unterredung äußerten oder die Mitteilung kritisch wiedergaben, machen die allerdings stark schamacherisch veranlagten „Hamburger Neuesten Nachrichten“ ihrem bedrängten Herzen durch einen Stoßseufzer Luft. Dem Blatte geht das, was Herr Dr. Kaufmann gesagt hat, viel zu weit. Der Vorsitzende des Reichs-Versicherungsamtes hätte überhaupt keine Beschwerden und Wünsche der Arbeitervertreter entgegenzunehmen, sondern nur die Verwaltung des Versicherungsamtes zu leiten, das mindestens in bezug auf die Unfallversicherung einen persönlichen Verkehr des Vorliegenden mit den Arbeitern außerhalb der Verhandlungen in keiner Weise vorgesehen hat oder notwendig macht.

„Er hat also gar nicht nötig, den Arbeitern gegenüber Berücksichtigung abzugeben, daß er sich durch das Unternehmertum einseitig würde beeinflussen lassen, sondern durchaus nach allen Seiten den Mittelweg zu gehen. Er hat einfach seine Schuldigkeit als unparteiischer Beamter zu tun und die ihm vom Gesetz vorgeschriebenen Pflichten der Beschäftigung und Ueberwachung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften zu erfüllen. Das Recht wird durch die Schiedsgerichte und durch das Reichsversicherungsamt gesprochen. Man sieht aber, wohin die jegliche sozialpolitische Strömung führt. Alles strebt nach dem Ruf der Arbeiterfreundlichkeit und „sozialer“ Denungsweise, um ja nicht in den Ruf sozialer „Rückständigkeit“ zu kommen. Schließlich werden die Unternehmer das Rennen aufgeben und die Arbeiter mit den sozial gefärbten Beamten sich allein überlassen, wenn die leitenden Persönlichkeiten mit dieser sozial-reformatatorischen Richtung einverstanden sind.“

Das sollen die Herren Unternehmer nur ruhig tun. Bisher haben sie es stets noch vortrefflich verstanden, ihre Interessen zu wahren. Es zeigt aber von einer bemerklichen Einseitigkeit, wenn schon durch jene Unterredung ein Blatt die Arbeitgeberinteressen gefährdet sieht. Hoffentlich verhalten die Lenkkräfte der „Hamburger Neuesten Nachrichten“ ungehört.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen (Leipziger Verband) hat vorige Woche seinen 25. Verbandstag abgehalten, auf dem es zu einer lebhaften Aussprache über die Verhandlungen mit dem deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbande kam. Nachdem der Verbandsvorsitzende Hiller jene bekannte Resolution vertreten hatte, in der die unverzügliche Einleitung von Schritten zur Erörterung einer Interessengemeinschaft mit dem zu erstrebenden Endziele eines völligen Zusammenschlusses der beiden Verbände“ gefordert wurde, wurde in der Diskussion das Verhalten des Vorstandes von vielen Seiten auf das schärfste bekämpft und energisch Widerspruch gegen eine Verschmelzung mit dem Deutsch-nationalen erhoben. Vom Vorstande und dem Ausschussrat des Verbandes wurde schließlich folgende Resolution vorgelegt:

„Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Handlungsgehilfen billigt den Versuch einer Verbindung mit dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband und hofft, daß auch mit den anderen kaufmännischen Organisationen eine sozialpolitische Verhandlung zu erzielen ist.“

Nach längerer, sehr erregter Debatte wurde trotz heftigen Widerpruchs des Verbandsvorstandes diese Resolution in der Fassung angenommen, daß nur der Versuch einer sozialpolitischen Verhandlung mit dem deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband gebilligt wird. Man sieht aus diesen Vorgängen, daß erzielungsweise im Leipziger Verbands keine allzu große Neigung vorhanden ist, sich mit jener reaktionären Richtung in der Handlungsgehilfenbewegung aufzumischen. Daß in rein sozialpolitischen Dingen von Fall zu Fall die verschiedenen Organisationen gemeinschaftlich vorgehen, ist an und für sich zu billigen.

Die Gesamtsage unseres Wirtschaftswesens wird in dem oben veröffentlichten zweiten Teile des Jahresberichts der Berliner Handelskammer folgendermaßen geschildert:

„Beginnend im frühen Jahre in der hochbearbeitenden Industrie und im Baugewerbe, zunächst hier noch lokal beschränkt, durch Kämpfe um die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen, sowie auch durch den teuren Selbststand hervorgerufen, löst eine zurückgehende Bewegung allmählich die Hochflut der industriellen Tätigkeit der vorangegangenen Jahre ab. Im Sommer und namentlich im Herbst zieht diese Bewegung immer weitere Kreise. Gegenüber der fortgesetzten Preissteigerung der Lebensmittel sowie fast aller Verbrauchsgüterstände erlaubt allmählich die Kaufkraft der Bevölkerung, die sich bisher als der Hauptträger der Konjunktur bewährt hatte. Auf den Unternehmern lasten die hohen Preise der Rohstoffe und Vorarbeiten, die hohen Löhne und namentlich auch die Forderung des Verbrauchers. Der Begeh nach Kapital, schon seit längerer Zeit stark gesteigert durch die ige wirtschaftliche Tätigkeit, gerät durch die im Herbst auf werdende Wirtschaftskrisis in den Vereinigten Staaten von Amerika vollends außer Verhältnis zu dem Angebot und bringt es zu uns und Kontinenten von lange nicht gesammter Höhe. So wird die Rentabilität vielfach beeinträchtigt. Beschäftigung liegt meist noch genügend vor in der Erledigung übernommener Aufträge, aber der Neuzugang von Aufträgen läßt nach. Hierbei spricht auch der Preisrückgang mit, der bei einzelnen Rohstoffen eingetreten ist und der die Käufer zurückhalten macht, da sie bei hinausgehender ihrer Bestimmungen noch niedrigere Preise erhoffen. Die Umkehr der Konjunktur vollzieht sich so zwar unauffällig, aber doch in Ruhe, ohne Unbehagen und Ueberstürzung.“

Diese Schilderung erscheint uns durchaus zutreffend. Auch die rosig gefärbten Berichte des früheren sozialdemokratischen Abg. Calwer sind nicht instand, über die Ungunst der Verhältnisse hinwegzutäuschen.

Die großen Mitgliederzahlen der sogenannten „freien“ Gewerkschaften werden durch folgende Mitteilung des „Mitteld. Kurier“ in eine recht eigenartige Beleuchtung gerückt:

„Das Organ des „freien“ Schneiderverbandes gibt bekannt, daß sein Mitgliederstand von 36 073 auf 40 271 gestiegen sei, das bedeute eine Zunahme von 4198 Mitgliedern. Der Schneiderverband hat nun aber im Laufe des Jahres den Tischlerverband mit 5061 Mitgliedern aufgenommen. Rechnet man nun beide Verbände zusammen, so müßte der Mitgliederstand 41 134 sein. Der Schneiderverband gibt aber nur 40 271 an, mithin ein Verlust von 863. Nun hat man trotz des hohen Verlustes noch eine Zunahme von 4198 herausgerechnet.“

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die von jener Seite bekanntgegebenen Mitgliederzahlen nicht stimmen, daß sie vielfach zu hoch angelegt werden, um nach außen hin renommieren und anderen Organisationsrichtungen gegenüber als allmächtig gelten zu können. Trotzdem kann es nichts schaden, wenn man

solche Blätter einmal auf die Finger klopf, sobald sie auf frischer Lat beim Schwindeln ertappt werden.

Arbeiterbewegung. Die Friedensverhandlungen im deutschen Baugewerbe, welche am vorigen Donnerstag in Berlin begonnen haben, haben nicht dazu beigetragen, sämtliche Differenzen zu beseitigen. In nicht weniger als 72 Orten und in den Bezirken Rheinland-Westfalen und Meiningen konnte keine Einigung erzielt werden. Infolgedessen haben die unparteiischen Vorsitzenden, die Herren Magistratsrat von Schulz-Berlin, Gerichtsrat Dr. Brenner-München und Beigeordneter Dr. Wiedfeldt-Gießen, den Parteien empfohlen, sich einem Schiedsspruch zu fügen. Diesem Vorschlage gemäß wurde am Montag abend folgender Schiedsspruch gefaßt: 1. In keinem Lohngebiete darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten. 2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnverhöbungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrecht zu erhalten. 3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeiterorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnverhöbungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen. 4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnverhöbung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen. 5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnrate bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu regeln hat. 6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstraße 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches anzuzeigen. Der Arbeitgeberbund wird zu diesem Spruch in seiner am heutigen Dienstag zu Berlin tagenden Generalversammlung Stellung nehmen, während die Arbeitnehmerorganisationen in gelebten Berammlungen am nächsten Sonntag darüber beraten werden. — Am heutigen Dienstag sollten vor dem Berliner Gewerbegericht auch die Tarifberatungen für das Malergewerbe beginnen. Dieselben wurden verpagt bis nach der Beendigung der Verhandlungen im Baugewerbe. — Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Württemberg hat beschlossen, die Aussperrung der im Zentralverband organisierten Maurer aufzuheben und die Arbeitsstellen vom Montag ab wieder zu öffnen. Dafür hat sich die Gewerkschaftsleitung verpflichtet, in Zukunft alle entstehenden Differenzen auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu lösen. — In Nürnberg und Würzburg befinden sich die Steinzeiger seit längerer Zeit in einer Lohnbewegung. Jetzt ist es geglückt, einen auf 3 Jahre laufenden Tarif abzuschließen, der den Arbeitern nicht unwesentliche Verbesserungen bringt. — Ängstlich als ein Jahr haben die Messerschlägerarbeiter der Firma Hammesfahr in Foché b. Solingen im Streik gehalten. Jetzt hat der deutsche Metallarbeiterverband den Streik aufgehoben, während der Industriearbeiterverband im Auslande beharren will. Auch wieder eine nette Illustration der in Solingen herrschenden Organisationsverhältnisse, wo bekanntlich der Metallarbeiterverband schon mehrfach Gelegenheit hatte, seine „Solidarität“ in hellem Lichte leuchten zu lassen. — Der Streik der Zimmerer in Aken a. E. wurde beendet, nachdem die Unternehmer den Arbeitern eine Stundenlohnverhöbung bewilligt hatten. — Zum Auslande ist es auf der Vortagesfabrik der Gewerkschaft „Neu Stahlfur“ zu Stahlfur gekommen. Die Ausständigen verlangen eine 15prozentige Lohnverhöbung, Beseitigung der 24stündigen Sonntagsarbeit, Milderung des Strafwehens und Auszahlung des Lohnes vor Beendigung der Schicht. Die Betriebsleitung lehnte die Forderungen ab und wies auch einen Vermittlungsversuch der Gewerbeinspektion zurück. — Die Aussperrung in der Porzschheimer Eisindustrie wird sich kaum vermeiden lassen, da die Arbeiterinspektion das Vorgehen der streikenden Eisindustrie durchaus gebilligt hat. Die Aussperrung wird sich auf etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen erstrecken.

Die Arbeitgebervereinigungen der englischen Schiffsbauindustrie hat alle Anträge auf Einleitung eines Schiedsgerichts und friedliche Beilegung der Differenzen mit den Schiffbauern abgelehnt und durch Anschlag bekannt gegeben, daß am 2. Mai sämtliche Arbeiter auf den Werften der Nordostküste und am Clyde, an Zahl 800 000, ausgeperrt werden sollten. — In Parma (Italien) hat der Kongreß der Landarbeiter in Lebereinstimmung mit den Industriearbeitern beschlossen, den Generalfreitag über die Stadt und die Provinz zu verhängen.

Die „Gelben“ sind doch recht merkwürdige Herrschaften. Bekanntlich fand am 21. März in Mannheim eine vom Verband der deutschen Malerverbände (Arbeitgeber) einberufene Konferenz statt, in welcher mit den Vertretern der verschiedenen Gehilfenorganisa-

tionen ein grundlegender Tarifvertrag vereinbart werden sollte. Vertreter waren außer den Deutschen Gewerksvereinen, die sozialdemokratische und die christliche Malerorganisation. Auch ein „Gelber“ war anwesend. Dieser aber wurde bald gebeten, den Saal zu verlassen. Die Sozialdemokraten gingen schließlich auch, weil sie sich weigerten, in Gemeinschaft mit uns und den Christlichen einen Tarif abzuschließen. In Süddeutschland ist es darauf mangels eines Tarifvertrages zu einer Aussperrung der sozialdemokratisch organisierten Gehilfen gekommen. Nun schimpft die „Gelbe Arbeiter-Zeitung“ in der unsinnigsten Weise auf die Arbeitgeber, daß sie nicht ausschließlich und allein mit den „Gelben“ einen Vertrag abschließen wollen. Mit den „Roten“ gemeinsam wollen die „Gelben“ keinen Tarifvertrag. Grundforderung der „Gelben“ ist eine Bestimmung, daß alle Arbeit im Malergewerbe so verteilt wird, daß im Sommer und Winter eine gleiche Anzahl Gehilfen beschäftigt werden kann, um einer möglichst großen Anzahl Gehilfen Jahresstellen zu verschaffen.

Wer mit dem Malergewerbe vertraut ist, weiß, daß diese Forderung praktisch und undurchführbar ist. Die Logik dieser merkwürdigen Art von Arbeiterorganisationen ist aber ebenso eigentümlich wie ihre Bestrebungen es sind. Die „Gelbe Arbeiter-Zeitung“ fordert nämlich ihre Anhänger dringend auf, sich bei etwa eintretenden Konflikten „ohne weiteres“ auf die Seite der „Roten“ zu stellen“, bis in den betreffenden Meisterkreisen ein den „Gelben“ günstiger Wind wehe. Man erkennt aus hieran, die engen Beziehungen, die zwischen „Roten“ und „Gelben“ bestehen. Da jene die Väter der „Gelben“ sind, ist das nicht besonders auffallend.

Aus einem sozialdemokratischen Musterbetriebe. Unter der Ueberschrift: „Ein Arbeiterparadies“ veröffentlicht die „Leipziger Abendzeitung“ in ihrer Nr. 89 vom 16. April d. J. folgende Zuschrift: Die Zustände schreien zum Himmel. Aber nicht etwa in der Drukrei eines geldgierigen bürgerlichen Unternehmers und Ausbeuters“, sondern ... in der „Leipziger Volkszeitung“. So klang es aus einer Buchdrucker-Versammlung heraus, die sich vorgestern abend im Zentraltheater neben anderen Punkten auch mit den Zuständen in der Drukrei des sozialdemokratischen Degans beschäftigte. Der Vorsitzende Engelbrecht erstattete das Referat und schilderte, wie es in Rotationsmaschinenfabrik und in der Stereotypie der „Leipziger Volkszeitung“ zugeht. Die Versammelten waren einfach verblüfft.

Wie in aller Welt ist es möglich, daß in diesem Betriebe solche Mißstände herrschen können? Die Erklärung dafür ist sehr einfach: Die Kräfte werden bis zum Letzten ausgenutzt. Schon mehrmals sind die Arbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ vorstellig geworden und haben sich gegen die horrenden Ueberstunden gewendet, deren es (wie der Vorsitzende betonte) in keiner anderen Leipziger Drukrei so viele gibt ... aber vergeblich. Während es in den übrigen Zeitungsdruckereien Brauch ist, nach Fertigstellung des Blattes dem Arbeiter Zeit zum Waschen oder zu nötigen technischen Handgriffen zu lassen, heißt es in der „Leipziger Volkszeitung“: Eine Arbeit drängt die andere, hinein in die Maschine mit anderen Platten. ... Und nun erst in der Stereotypie. Die Stereotypen sind dem Verzweifeln nahe. Trotz der erheblich vermehrten Arbeit (viele Druckfahnen, die erst in anderen Offizinen gefertigt wurden, sind jetzt der Drukrei der „Volkszeitung“ überwiesen) werden nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt. ... Doch halt, ob doch, ein Mann mehr, aber nicht etwa ein gelernter Stereotypen, sondern nur ein Hilfsarbeiter, der wohl kleine Handgriffe leistet, aber vom Praktischen natürlich nichts verstehen kann. Die Uebelstände bestehen also weiter. Der Leipziger Gewerksverband hatte es in Gemeinschaft mit Vertrauensleuten des „Volkszeitungs“-Personals unternommen, auf Abstellung dieser Mißstände zu dringen, nachdem er sich persönlich von dem Sachverhalt überzeugt hatte. Bei den Geschäftsführern S. und L. die Sachleute sind, hoffte man auf Verständnis. Die Beschwörer wurden auch empfangen. Aber es wurde ihnen lächelnd erwidert, daß es sich immer nur um Ausnahmen handele (die die „Volkszeitung“ natürlich bürgerlichen Geschäften gegenüber nicht gelten läßt), die sogenannte Preßkommission solle davon in Kenntnis gesetzt werden. Also die Geschäftsleute als Fachmänner haben nicht einmal so viel Macht, die Sache aus eigener Befugnis zu regeln, wie es doch in jedem anderen Betriebe stets des Faktors geschieht. Hier muß erst die Preßkommission befragt werden, die aus Angehörigen anderer Gewerksvereine, aber nicht aus Buchdruckern besteht. ... Die in der Versammlung anwesenden Vertrauensleute des „Volkszeitungs“-Personals mußten das Befehlen der Uebelstände freimütig zugeben. Die Versammlung drückte dem Vorstand ihre Anerkennung aus, daß er auch im Falle der Leipziger „Volkszeitung“ ihre volle Schuldigkeit getan habe.

Einen Kommentar macht diese Schilderung überflüssig. Wir wollen nun darauf hinweisen, daß derartige Zustände in sozialdemokratischen Parteibetrieben öfter vorkommen. Selbst im „Vormärts“ sind bekanntlich deswegen schon öfter Konflikte entstanden. Das hindert aber diejenigen Parteigrößen, auf welche die Schuld fällt, nicht, bei geeigneter Gelegenheit über die Ausbeutungssucht, die Profitwut usw. der bürgerlichen Unternehmer zu wettern. Das macht Eindrud und täuscht gleichzeitig die gläubigen Zuhörer über die Mißwirtschaft im eigenen Hause hinweg. Wst Teufel über solche Heuchelei!

Mittel zum Zweck. In der sozialdemokratischen Essener „Arbeiter-Zeitung“ vom 24. d. Mts. finden wir folgende Notiz:

Werden. Umständehalber findet die Probe des Arbeiter-Gesangsvereins am Sonntag nicht um 10^{1/2}, sondern um 10 Uhr statt. Während der Pause findet die alljährliche Revision der Partei- und Gewerkschaftsbücher statt. Hoffentlich sind die Sangesbrüder pünktlich zur Stelle.

Hier werden also die Sangesbrüder nicht auf ihre Stimme geprüft, sondern auf ihre parteipolitische bzw. gewerkschaftliche Einstellung. Wer keine „reine Wäsche“ hat, der steigt offenbar aus dem Gesangsverein heraus. Und da wundern sich die Zielbewußten noch, wenn die Polizei diese Arbeitergesangs-, Radfahrervereine usw. eine politische Bedeutung beimißt und sie dementsprechend behandelt.

Gewerksvereins-Teil.

§ Götting. Wie ein Unternehmer seine Arbeiter zu würdigen weiß, zeigt folgender Vorfall. In der größten Gold- und Silberwarenfabrik am Plage wurde schon seit einiger Zeit mit verkürzter Zeit gearbeitet, was bei den jetzigen teuren Zeiten für den Geldbeutel des Arbeiters ganz empfindlich ist. Es sollte aber noch besser kommen! Am 16. d. Mts. wurde der Betrieb auf einige Zeit ganz still gelegt. Um nun leben zu können, wollten die Arbeiter 10–20 Mk. Vorschuß haben. Diese Summe fand man aber seitens der Firma nicht zu hoch und wollte das Geld nur gegen Schuldschein ausbändigen. Einen Arbeiter, der schon 30 Jahre in der Firma tätig ist, traute man nicht mal erst 10 Mk. zu, sondern einem wollte man nur 8 Mk. borgen. Ein derartiges Entgegenkommen veranlaßte die Arbeiter, auf den Vorschuß überhaupt zu verzichten. Nun Ihr Gold- und Silberarbeiter, auch Ihr werdet den Anschluß an den Gewerksverein vollziehen müssen. Denn nur die genossenschaftliche Selbsthilfe kann in ersten Zeiten der Not jedem freien und denkenden Arbeiter einen Rückhalt bieten.

§ Hamburg. In der am 11. April abgehaltenen Monatsversammlung des Hamburger Brauer-Vereins von 1889 (E. V.), Mitglied des Bundes deutscher Brauergesellschaften, hielt der neuangewählte Bundesbeamte Siegert aus Leipzig einen interessanten Vortrag über das Thema: „Ist der Bund deutscher Brauergesellschaften nötig?“ Der Redner beleuchtete in seinem Vortrag die Ursachen, die zur Gründung des Bundes führten. Nachdem auf dem Delegiertenkongreß des ehemaligen Allgemeinen Brauer-Verbandes der Anschluß an die „freien“ Gewerkschaften beschlossen war und derselbe nun in das sozialdemokratische Fahrwasser hinübergeleitet, nannten sich die größeren Vereine Berlin, Leipzig, Hamburg, Dortmund u. a. von demselben. Um nun den fortgesetzten Angriffen, welche diese Vereine von den Gegnern zu erdulden hatten, besser begegnen zu können, schlossen sie sich wieder zusammen und gründeten im Jahre 1893 den Bund deutscher Brauergesellschaften. Redner erläuterte den weiteren Entwicklungsgang des Bundes, sowie die Wohlthaten der Einrichtungen desselben (Arbeitslosen-, Alters- und Invaliden-Unterstützungstafel und Sterbefasse). Sodann ging der Referent auf die geschäftigen Angriffe von Seiten des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Brauerarbeiter ein, von welchem dem Bunde vorgeworfen wird, er vertrete nicht die Interessen seiner Mitglieder. An der Hand reichlichen Materials, konnte er jedoch diese unwahren Behauptungen zurückweisen und konstatierte, daß gerade jener Verband es ist, der die Interessen seiner Mitglieder mit Füßen tritt, indem er sie in ausichtslose Streiks hineintreibt oder durch frivolos Vorgehen folgen-schwere Aussperrungen hervorruft. Auch ist der Bund schon seit seiner Gründung für den Abschluß von Tarifverträgen eingetreten, während der Verband erst in den letzten Jahren, gezwungen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, für solche eintritt. An der Diskussion beteiligte sich auch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der am Schluß seiner Rede zum Beitritt zu denselben aufforderte. Demselben wurde aber vom Vorsitzenden bedeutet, daß sein Werden vergebliche Liebesmühe ist, da der Hamburger Brauer-Verein schon seit mehreren Jahren dem Verband der Deutschen Gewerksvereine angeschlossen ist und zwar als überzeugter Anhänger der Gewerksvereinsidee. Auch der Referent konnte diesem Herrn verschiedene echt christliche Duertheilereien vor Augen führen, die sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dem Bunde gegenüber in Rheinland und Westfalen geleistet hat. Die weiteren Verhandlungen waren innerer Natur und boten kein öffentliches Interesse.

§ Lauterbach. Vor ungefähr einem Jahre standen die Arbeiter der hiesigen Uhrengehäuse- und Goldblechfabrik von J. Haberstrof in einer Lohnbewegung, welche dank der Einigkeit der Arbeiter zu deren Gunsten ausgefallen ist. Man hätte nun glauben sollen, daß die Arbeiter der Organisation, die damals so energisch für sie eingetreten ist, auch fernerhin treu bleiben würden, um in kommenden Kämpfen auch in der Lage zu sein, ihre Interessen in jeder Hinsicht zu wahren. Diese Erwartung jedoch wurde getäuscht. Schon nach Ablauf des Tarifvertrages zeigte es sich, daß eine große Zahl der Kollegen den Mut verloren hatten, so daß sie sich nicht einmal mehr getrauten, einer Werkstattversammlung beizuwohnen, und schließlich aus der Organisation austraten. Die Folge war, daß die von der organisierten Arbeitererschaft erzwungenen Vorteile allmählich wieder geraubt wurden. Alles Reden der der Organisation treu gebliebenen Kollegen, die Bahnführer wieder zurückzubringen, war vergebens. Vor nicht langer Zeit erklärte nun Herr Haberstrof, daß ihm an den Uhrengehäusen 5 Prozent abgezogen würden und er genötigt sei,

diese 5 Prozent wieder den Arbeitern abzugeben, andernfalls er keine Arbeit mehr habe. Rückend wurde die Kündigung der 5prozentigen Lohnherabsetzung aufgenommen; aber am Samstag gab es höchst betrübliche Gesichter. Bei manchem Kollegen wird es da wohl endlich zu dämmern begonnen haben, daß diese 5 Prozent bedeutend mehr ausmachen als der Beitrag für die Organisation, und die Erkenntnis, daß, wenn man dieser treu geblieben wäre, die Vorkürzung hätte verhütet werden können, wird manchem Gedankenlosen gekommen sein.

Dazu kommt noch die Behandlung, welche Herr Haberstroh jun. den Arbeitern angedeihen läßt. Ausdrücke wie Saubande, Lumpenbande, oder ich schlage Euch an die Ohren, ob Ihr verheiratet seid oder nicht, usw. gehören nicht zu den Seltenheiten. Der junge Mann fühlt sich eben als „Herr im Hause“ und weiß, daß bei den schlechten Organisationsverhältnissen die Arbeiter solche Ausdrücke gebuldig hinnehmen müssen.

In der Goldbleibenbranche sieht es nicht viel besser aus. Es sei nur erwähnt, daß hier den Arbeitern nicht so viel zugestanden wird, daß sie ihren Lohn selbst zählen, sondern derselbe wird vom Werkführer jedem vorgezählt, was immer etwa 1/5 Stunde über Feierabend in Anspruch nimmt. Der Grund ist darin zu suchen, daß einem Arbeiter einmal 20 Mk. fehlten, und Herr Haberstroh der Meinung ist, das Geld sei gestohlen worden.

Unter solchen Umständen wird manchem ausgetretenen Kollegen wohl schon der Gedanke gekommen sein, daß es besser wäre, wenn er der Organisation treu geblieben wäre. Dann brauchte er sich nicht bei jeder Gelegenheit sagen lassen: Wenn Dir's so nicht gefällt, mach, daß Du zum Teufel kommst. Und deshalb, Kollegen, wachet auf, geht zurück zu Eurer Organisation, welche Euch bewiesen hat, daß sie nur Euer Bestes will! Nur mit ihrer Hilfe können alle die Mißstände beseitigt werden, unter denen Ihr jetzt zu leiden habt. Scheut nicht vor dem kleinen Opfer zurück! Hättet Ihr die kleine Summe für die Organisation geopfert, so wäre Euch die größere Summe, die die abgezogenen 5 Prozent ausmachen, geblieben. Das beherzigen nun jeder von Euch und säume nicht länger, sich der Organisation wieder anzuschließen.

Joh. Chr. Staiger, Ortsverbandsvorsitzender.

Verbands-Teil.

Amtliche Bekanntmachung.

An die Verbandskollegen im Waldenburger Revier!

Seit längerer Zeit gelangen mehrfach lebhafteste Beschwerden an den geschäftsführenden Ausschuss, daß man im Waldenburger Revier durch Gründung eines Bezirksverbandes für den Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter die Zusammenarbeit der Ortsvereine in den Ortsverbänden zu schwächen sucht. Die Gründung dieses Bezirksverbandes soll auf Kosten der Wirksamkeit der Ortsverbände erfolgen. Die für die gemeinsame Arbeit der Ortsvereine aller Berufsstände in den Ortsverbänden zur Verfügung stehenden Mittel sollen für den Bezirksverband eines Gewerbevereins Verwendung finden.

In mehreren Versammlungen und Zusammenkünften haben die führenden Kollegen des Reviers mit dieser Frage sich beschäftigt und vielfach energisch dagegen Stellung genommen. Wir bringen nachstehend die Resolutionen zur Kenntnis der Mitglieder und empfehlen dieselben einer dringenden Beachtung.

So nahm die am 9. Februar d. J. tagende Konferenz der Ortsverbände Waldenburg, Altwasser und Freiburg, an welcher sich auch eine große Anzahl der umliegenden Vereine beteiligten, folgende Entschliessung an:

„Die heutige Versammlung erkennt die Notwendigkeit der Ortsverbände an. Auf Grund der eingehenden Aussprache wird den Ortsvereinen des Reviers, die einem Ortsverband nicht angehören, der Anschluß an den Ortsverband Waldenburg empfohlen.“

Die Bezirkskonferenz der mittelfränkischen Ortsvereine beschloß ebenfalls mit dieser Frage. Die Aussprache führte zur Annahme folgender Resolution:

„Die in Striega tagende Bezirkskonferenz der mittelfränkischen Ortsvereine nimmt mit Bedauern Kenntnis von den Bestrebungen, die Ortsvereine der Fabrik- und Handarbeiter zum Austritt aus den Ortsverbänden zu bewegen. Sie erblickt darin eine Schwächung der Gesamtsituation und erwartet, daß diesen Bestrebungen seitens der Verbandsleitung und des Generalrats der Fabrik- und Handarbeiter energisch entgegengetreten wird.“

Im Einverständnis mit dem Hauptvorstand des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter erlauben wir hierdurch alle Kollegen des Reviers, im Sinne der Resolutionen zu wirken.

Der geschäftsführende Ausschuss.
J. A.
S. Neufeldt, Verbands-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (G. V.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2—10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Otto Joseph über: „Die Malfeier“. Gäste willkommen.

Gewerbevereins-Liebertafel (G. V.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Lebnungsstunde im Verbandsbüro der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Diskussionsklub Moabit.** Am 1. Mai Vortrag des Kollegen Kunze über: „Die Bedeutung volkswirtschaftlicher Kurse für die Gewerbevereine“, im Moabiter Vereinshaus, Malstr. 53. Gäste sehr willkommen. — **Sonabend, 2. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter 1.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Melcher, Bergstr. 69. Vortrag des Verbandssekretärs Kollegen Erkelenz: „Neutralität der Gewerbevereine“. Bepredung über Herrenpartie. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 11.** Abds. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a, Versammlung mit Damen. 1. Mitteilungen. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Herrn Lehrer Drexler: „Peter Wegener als Volksbildner“. 4. Beschiedenes. Fragekasten. Hieran anschließend: Gemüthliches Tanzfräulein. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Rabau, Malstr. 53. Frig. Kenter-Vortrag. Gesellschaftabend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr bei Freiberg, Leltowerstr. 3a, Vortrag des Herrn Justizrats Dr. Guttmann über: „Das neue Vereinsgesetz“. Monatsbericht. Bericht vom Lokalfonds. Vorschläge zum Generalrat. Werkstattangelegenheiten. Beschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Versammlung im Lokal von Rehfeldt, Müstauerstr. 55. E.-D. dabei. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8—10 Uhr Jageladen bei Schumann, Brunnenstr. 119. Kollidensehung. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Vereinsversammlung bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Kollegen Woller.

Friedrichsberg. Maschinenbau- und Metallarbeiter. Versammlung am 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Stadte, Weichselstr. 10. E.-D. dort.

Orts- und Revierverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilk

Schulte-Tattler (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Reuther, Gefe Hanfmannplatz 1, Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststraße. Diskussionsabende. — **Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine, G. V.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Siguna. Gäste willkommen. — **Selkenkirchen (Sängerkor der Deutschen Gewerbevereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe im Bekkerslokal Pieper (früher Gerlach), Schalter- und Florastrassen-Gde. Gäste herzlich willkommen. (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hehle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Hagen u. Umg. (Diskussionsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstrassen-Gde. — **Köln (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung im Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Eilbergasse. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Oberhausen (Rhd.).** Diskussionsabende jeden Sonntag, vorm. 10 Uhr, b. Herrn Wirt Wolpehah, Falkensteinstraße. — **M.-Glabbach-Nheydt (Ortsverband).** Jeden 4. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Gewerbevereinsbüro, Sophienstr. 1, Vertreterversammlung. — **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Wetter (Ortsverband).** Sonntag, 3. Mai, nachm. 4 Uhr, b. Gimmelman am Loß, Ortsverbandsversammlung. Am 6. Uhr Vortrag des Kollegen Jöller-Hagen über: „Die letzten Vorgänge in der Arbeiterbewegung“.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Redarfulm (Unterländer Ortsverband, neu). Erich Klügel, Vorsitzender, Redarfulm, Sulmstraße bei Baber; Paul Döberga, Schriftführer, Gumbelshelm; Joh. Schnapp, Kassierer, Heilbronn, Siebenichgasse 5.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Bepredung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Küschendung erfolgt nicht.

Das Budgetrecht des Deutschen Reichstages und der Reichshandels-Gesetz. Heft 3 der von der Hand der Bibliothek des Reichstages herausgegebenen Staatsbürger-Bibliothek. Verlag der Reichstages-Verlagsanstalt in M.-Glabbach. Preis 30 Pf.

Das Landwehr. Heft 4 derselben Sammlung. **Arbeiter-Katechismus.** Eine Erklärung des Programms der freiheitlichen nationalen Arbeiterpartei. Von Anton Erkelenz. Buchverlag der „Hilfe“, G. m. b. H., in Berlin-Schöneberg. Preis 1,50 Mk.

Ratgeber der National-Oekonomie. Von A. Hoffmann-Hohenhausen. Verlag von A. Voigtländer in Leipzig. Preis 2 Mk., geb. 2,40 Mk.

Die Gesellenprüfung für Schlosser. Zum Gebrauch beim Abgeben der Gesellenprüfung für Schlosser in Fragen und Antworten. Von Schlossermeister Emil Riedl und Ferdinand Riedl jun. Verlag von Gustav Wolf in Dresden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verband der Deutschen Gewerbevereine
(Hirsch-Dunder).

In unserem Verlage ist in dritter Auflage erschienen:

Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen

von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.

Die Schrift fasst die im „Gewerbeverein“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerbevereiner sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk. Der Betrag ist bei der Bestellung einzuzahlen an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223. Bei Rücksendung des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bzw. frankfrei.

Verbandsbüro der Deutschen Gewerbevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Goldschmidt und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Auswerderbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pf.

Zeitschriften zum Gewerbegerichts-Gesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerbevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für Gewerbevereiner 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerbevereine. — **Bestschrift zum 25. Jubiläum der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder)** von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbüro zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.**

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten beim Genossen Kammeter, Hirschmarkt 10, Verpflegungskarten.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Bucher in Stetzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtloft und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Kowalowski, Thorn, Heiligegeiststr. 7/9.

Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerbevereinskollegen erhalten Verpflegung und Nachtquartier. Melbungen beim Ortsverbandskassierer Edmund Harthmann, Wiesenstr. 10.

Nadeberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsbesuch beim Ortsverbandskassierer Pinaer Straße 28a, II L.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Reiseunterstützung im Arbeiterkassierariat Nachen, Adalbertsheimweg 71. Ebendasselbst Arbeitsnachweis.